Nr. 2 | 29. April 2022

AZB / 4001 Basel / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

46. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

BASLER FREISINN

Selber entscheiden.

Unbeschwertes «Miteinander»
Leitartikel von Vizepräsidentin Eva Biland Seite 3

Eidgenössische Abstimmung vom 15. Mai
Zwei Artikel zu «Frontex-Schengen» und zum «Transplantationsgesetz» Seite 4

Parolen, Agenda Seite 5

Rückblick auf die Riehener Wahlen
Gedanken zur «BüZa» von Carol Baltermia, Präsident FDP Riehen-Bettingen Seite 5

Interview mit alt Grossratspräsident David Jenny
Rückblick auf ein spezielles Präsidialjahr Seite 6

Jahresbericht der FDP-Grossratsfraktion
Fraktionspräsident Erich Bucher Seite 7

Stellungnahme zur angedachten Steuersenkung
Was Vorstand und Fraktion zur notwendigen Entlastung des Mittelstandes fordern Seite 7

Jungfreisinnige Seite 8

FDP-Ski-Weekend Seite 8

Aberau Seite 8

FDP Grossbasel Ost Seite 9

FDP Kleinbasel Seite 9

Vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub
Braucht es einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub? Artikel von Zerina Rahmen Seite 10

Neue Marketingstrategie Seite 10

Toller Wahlerfolg für die FDP in Riehen

Vorbild für weitere Aktivitäten

Souveräne Wiederwahl von Gemeinderätin Silvia Schweizer und nur knapp einen Sitzgewinn bei den Einwohnerratswahlen verfehlt.

Wir konnten bei den Gesamterneuerungswahlen in Riehen zulegen und sind sehr erfreut über die direkte Wiederwahl unserer Gemeinderätin **Silvia Schweizer** im 1. Wahlgang.

Diese breit abgestützte parteiübergreifende Wahl von Silvia Schweizer ist ein klarer Vertrauensbeweis der Riehenerinnen und Riehener gegenüber ihrer beliebten und geschätzten Gemeinderätin und eine Bestätigung für ihre bisherige Politik.

Bei den Einwohnerratswahlen kann der Freisinn zulegen. Ein Wehrmutstropfen ist einzig, dass um lediglich 77 Stimmen ein Sitzgewinn verpasst wurde. Diese Erfolge sind eine tolle Bestärkung für die bisherige Politik der FDP in Riehen.

Wir gratulieren herzlich zur Wahl in den Einwohnerrat: **Carol Baltermia, Marcel Hügi, Elisabeth Näf, Dieter Nill, Andreas Zappalà.**

Im dritten Wahlgang zu den Gemeinderatswahlen vom 24. April 2022 tritt die Bürgerliche Allianz mit **Patrick Huber** (Die Mitte) an. Wir von der FDP Riehen-Bettingen unterstützen seine Wahl.

Die mit einem Glanzresultat wiedergewählte Gemeinderätin Silvia Schweizer schaut am Wahlsonntag mit Carol Baltermia, Präsident FDP.Die Liberalen Riehen-Bettingen, die Detailresultate an. Foto: Elisabeth Näf

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Basler Freisinn, 4000 Basel, T: 079 937 39 94, E: info@fdp-bs.ch, www.fdp-bs.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch.
Druck: CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3 Unbeschwertes «Miteinander»

4 Eidgenössische Abstimmung vom 15. Mai

5 Parolen, Agenda
Rückblick auf die Riehener Wahlen

6 Interview mit alt Grossratspräsident David Jenny

7 Jahresbericht der FDP-Grossratsfraktion
Stellungnahme zur angedachten Steuersenkung

8 Jungfreisinnige
FDP-Ski-Weekend Aberau

9 FDP Grossbasel Ost
FDP Kleinbasel

10 Vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub
Neue Marketingstrategie

11 Aus dem Archiv

12/13 Fraktionspräsident Damien Cottier im Interview

14 Interview mit Parteipräsident Thierry Burkart

15 Rückblick auf vier kantonale Wahlen

16 Rückblick auf die Frühlingssession

17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

18 Frontex-Referendum gefährdet Sicherheit in der Schweiz

19 Filmgesetz beschneidet Wahlfreiheit des Publikums

20 Ja zum Transplantationsgesetz

21 Gastbeitrag von Bachelor-Mentee Sebastian Binggeli

22 Neues Europapapier der FDP

23 Vermischtes

Ein Angriff auf unsere Werte

Schweizer Sicherheitspolitik neu denken

Liebe Freisinnige

Seit zwei Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, machen mich betroffen. Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende und wirkt sich auch auf die Schweizer Sicherheitspolitik aus.

NATO bleibt massgebend

Die aktuelle machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Eine vollständig autonome Verteidigung kann heute weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht gewährleistet werden. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den NATO-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende «Partnership for Peace» hinausgehende Kooperation anstrebt. Dazu sind in erster Linie die NATO-Programme «Partnership Interoperability Initiative» und «Enhanced Opportunities Partner»zu prüfen. Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die NATO massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss vorgängig die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit Blick auf aktuelle sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit dem F-35.

Ja zu Frontex-Schengen

Auch die Abkommen Schengen/Dublin sind wichtige Pfeiler der europäischen Sicherheit. Ein Abseitsstehen der Schweiz würde die Schweiz zu einem Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge machen und ausserdem gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Deshalb braucht es am 15. Mai ein Ja zu Frontex-Schengen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat.

Deshalb nimmt die FDP auch ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines Grundlagenpapiers zur Europapolitik auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von Parteivorstand, Fraktion und der Parteipräsidentenkonferenz verabschiedet. Abschliessend befinden die Delegierten darüber. Ich freue mich darauf, viele Delegierte an der DV am 25. Juni in Andermatt begrüssen zu dürfen.

Bei den jüngsten Wahlen schnitt die FDP mit ermutigenden Resultaten ab. In der Waadt holten wir uns drei der fünf Regierungssitze. Auch im Parlament legte die FDP einen Sitz zu, wir halten jetzt 50 der 150 Sitze! In Obwalden legte die FDP drei Sitze zu, in Nidwalden bleiben wir deutlich stärkste Partei. Bereits im November durften wir zwei Sitzgewinne im Kanton Freiburg zur Kenntnis nehmen. Nachdem wir in den kantonalen Wahlen zuvor stets Verluste einfahren mussten, können wir feststellen: Der Turnaround ist geschafft. Es geht wieder aufwärts! Diese Erfolge spornen uns an! Zusammen mit Ihnen, liebe Freisinnige, wollen wir das liberale Feuer weiter in alle Ecken des Landes tragen.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Unbeschwertes «Miteinander»

Wer sehnt sich derzeit nicht nach unbeschwerten Momenten?

Die beiden letzten Jahre der Corona-Pandemie haben nicht nur unser Gesundheitssystem auf die Probe gestellt, sondern auch das Miteinander. Nicht nur behördlich angeordnetes Social Distancing, sondern auch der durch die Pandemie ausgelöste digitale Schub haben zur kommunikativen Verflachung beigetragen. Kaum hat sich die epidemiologische Lage gebessert und der Kontakt zu unseren Mitmenschen wieder Fahrt aufgenommen, führt die Krise in der Ukraine erneut zu Betroffenheit sowie zu Sorgen rund um Sicherheit und Versorgung.

Angst ist ein grosser Störfaktor des Freisinns, sei es Angst um die Gesundheit oder sei es Angst um die richtigen Entscheidungen in der Aussen- und Sicherheitspolitik. Ich sehe es als Aufgabe unserer Partei gerade in Zeiten der aktuellen Bedrohungen, kritisch eingestellt zu bleiben. Wir müssen uns in öffentliche ethische Diskussionen gestalterisch einbringen, den offenen Dialog pflegen und Spaltungen entgegenwirken.

Gut durch Pandemie gekommen

Insgesamt betrachtet und im Vergleich mit anderen Ländern hat die Schweiz den Sprint durch die Corona-Pandemie gut bewältigt. Aus dem Sprint wurde ein zweijähriger Marathon, welcher die eigene Widerstandskraft ja durchaus zu steigern vermag. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, gemeinsam den Blick nach vorne zu richten und das «Leben mit dem Virus» in Angriff zu nehmen. Die kantonalen Gesundheitsbehörden sind dabei in der Schrittmacherrolle. Hier sollten wir als Partei achtsam bleiben und unsere freisinnigen Werte verteidigen, vor allem rund um Selbstbestimmung und Datenschutz.

Der nahe Konflikt

Der Konflikt in der Ukraine stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir müssen den passenden Weg als «bündnisneutrales» Land finden und gehen sowie die Integration von Geflüchteten bestmöglich umsetzen. Die hohe Solidarität der Schweizerinnen und Schweizer ist ein gelebter Teil dieser Integration. Das gewaltsame Sterben vieler Ukrainerinnen und Ukrainer – nur knapp 2000 Kilometer von uns entfernt – vermag den natürlichen Tod durch Krankheit vielleicht wieder etwas «liberalisieren».

Persönliche Begegnungen mit Geflüchteten in unserem schönen Kanton Basel-Stadt verschaffen einen wohltuenden äusseren Blick auf den eigenen Lebensraum. So sagte eine, vor vier Wochen eingereiste, privat untergebrachte Teenagerin aus der Ukraine auf einem Spaziergang mit meiner Tochter durch die Stadt: «Also ich verstehe nicht, warum die Freie Strasse eine so grosse Baustelle ist, das ist doch eine so schöne und saubere Strasse, was soll denn daraus werden? In Kiew gab es keine solche geordneten Strassen.»

Stadtflucht nimmt weiter zu

Ja, die Freie Strasse wird ein Bijou werden. Aber vermag sie nebst den erneuerten Werkleitungen und ästhetischen Belägen auch die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Stadt zu verbessern? Wird sie weiteres Ladensterben verhindern können?

Die neue Bevölkerungsstatistik offenbart eine markante Abwanderung aus Basel-Stadt, besonders bei den 35- bis 39-Jährigen. 2021 stieg der Wanderungsverlust von Basel-Stadt – u. a. nach Baselland – sprunghaft an, von rund –1200 im Durchschnitt der vorangehenden zehn Jahre auf –2084 im Jahr 2021. Bei den 20- bis 24-Jährigen dominiert die Gegenrichtung, hier sind Wanderungsverluste von Baselland an die Stadt die Regel.

Kanton attraktiv halten, aber wie?

Es stellt sich also die Aufgabe, die Stadt so attraktiv zu halten, dass die Jungbewohner ansässig bleiben wollen und Kinder in der Stadt gerne einschulen lassen. Die Steuer-, Bildungs- als auch die Wohnpolitik vermögen hier Korrektur anzusetzen. Aus bürgerlicher Sicht bereitet der Rückzug von Investoren in Wohnbauten grosse Sorgen. Die Mietschutzinitiativen der Linksgrünen und die daraus resultierenden Regulierungen haben bereits Auswirkungen auf unseren Wohnungs- und Immobilienmarkt. Auch die Verkehrspolitik lädt nicht zum Wohnen in der Stadt ein. Ein maximales Tempo von 30 km/h in Quartierstrassen ist sinnvoll. Aber flächendeckend Tempo 30 auf Hauptachsen zu fordern, zeigt ein ideologisches anstatt ein pragmatisches Vorgehen.

Erfolgreiche Riehener Wahlen

Ganz ohne Geschwindigkeitslimite legte die FDP Riehen-Bettingen bei den Kommunalwahlen zu. Der Wähleranteil bei den Einwohnerratswahlen ist gestiegen, ein Sitzgewinn wurde knapp verpasst. Die Wählenden unterstrichen mit der direkten Wiederwahl von Silvia Schweizer im ersten Wahlgang den hervorragenden Leistungsausweis der Gemeinderätin im Bereich Bildungs- und Familienpolitik. Natürlich freue ich mich auch ganz persönlich, mit Silvia Schweizer im Exekutivbereich «Bildung» für Riehen und Bettingen weiter zusammen tätig bleiben zu können. Viel Freude und Erfolg, liebe Silvia, für die neue Legislaturperiode!

Ein grosses Dankeschön an unsere Geschäftsführerin

Corinna Zigerli hat knapp fünf Jahre lang die Gremien der Partei in administrativen und politischen Belangen unterstützt. Sie wird ab Ende April beruflich neue Wege gehen. Die FDP Basel-Stadt dankt Corinna für ihr berufliches und auch oft freizeitliches Engagement für die Partei. Corinna schätzte – wie sie selbst sagt – die vielen schönen Begegnungen mit unseren grossartigen Mitgliedern an Parteitagen und Anlässen und vertrat mit Engagement freisinnig-liberales Gedankengut über die Parteigrenzen hinaus. Wir wünschen ihr viel Freude und Erfüllung an ihrer neuen Aufgabe.

Wechsel in der Redaktionsleitung

Zuletzt bedanke ich mich bei Ede Tschopp sehr herzlich für sein ideenreiches und immer humorvolles, unermüdliches Wirken für den «Basler Freisinn». Er wird nach knapp drei Jahren die Leitung an mich abgeben. Ich bin mir bewusst, dass Ede die Messlatte hoch gesetzt hat. Ich freue mich mit Ihnen, liebe Parteimitglieder, im Austausch zu bleiben für künftige Berichterstattungen – Ihre Beiträge für den «Basler Freisinn» sind jederzeit willkommen.

Eva Biland
Vizepräsidentin FDP Basel-Stadt,
Gemeinderätin Bettingen

Ja zur Frontex-Vorlage

Am 15. Mai «Schengen» retten

Ein Nein zur Frontex-Vorlage würde die weitere Teilnahme am Schengen-Abkommen gefährden. Seit 2008 gehört die Schweiz zum Schengen-Raum und beteiligt sich seit 2011 an der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex). Diese Agentur wird von der EU seit 2019 personell und finanziell aufgestockt. Ziel ist es, die Schengen-Aussengrenzen besser schützen zu können.

Gemeinsamer Grenzschutz an Aussengrenzen

Ein Kennzeichen des Schengen-Raums ist das Fehlen systematischer Grenzkontrollen innerhalb des Raums. Reisen auf dem Landweg können daher innerhalb des Raums faktisch ungehindert erfolgen. Umso wichtiger ist es – auch für die Schweiz –, dass ein wirksamer Grenzschutz an den Aussengrenzen des gemeinsamen Raums erfolgt (z. B. im Rahmen der Bewältigung von Migrationsbewegungen).

Mit Frontex werden aber nicht nur die Kontrollen an den Aussengrenzen verbessert. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten neu verstärkt im Bereich der Rückkehr von ausreisepflichtigen Personen. Dies trägt dazu bei, dass Personen, die den Schengen-Raum verlassen müssen, nicht von einem Schengen-Staat in den nächsten weiterreisen.

Frontex ist wichtig für die Sicherheit der Schweiz

Die Beteiligung der Schweiz an Frontex stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz dar. Es ist daher richtig, wenn auch unser Land einen entsprechenden Beitrag dazu leistet. Gerade als Grenzregion profitieren wir besonders davon. Die Schliessung der Landesgrenzen während der ersten Corona-Welle mit all ihren Einschränkungen hat uns die Vorteile offener Grenzen, an die wir uns alle längst gewöhnt hatten, deutlich vor Augen geführt.

Besonders wichtig für unser Region

Die Region Basel ist auf offene Grenzen nach Deutschland und Frankreich angewiesen, denn faktisch bilden das Südelsass und Südbaden einen Teil unseres gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraums. Als Grenzregion besteht daher ein besonderes Interesse am guten Funktionieren des Schengen-Raums und damit auch an der sinnvollen Verstärkung des Grenzschutzes.

Dominik Tschudi, Vorstandsmitglied, Milizoffizier

Gedanken zum Transplantationsgesetz

Abstimmung vom 15. Mai 2022

Am 15. Mai stimmen wir darüber ab, ob künftig Organe, Gewebe von Toten für Patienten entnommen werden dürfen, sofern kein Widerspruch vorliegt. Bei einer Transplantation werden Organe, Gewebe oder Zellen von einer Spenderin, einem Spender auf eine Empfängerin, einen Empfänger übertragen.

Derzeit gilt in der Schweiz die erweiterte Zustimmungslösung.

Einer verstorbenen Person dürfen nur dann Organe, Gewebe oder Zellen entnommen werden, wenn das Einverständnis (durch die Person und/oder ihre Angehörigen) gegeben wurde. Seit Jahren überschreitet die Nachfrage das Angebot. Das führt zu langen Wartelisten und Todesfällen während des Wartens.

Bundesrat und Parlament für erweiterte Widerspruchslösung

Bei dieser gilt «Schweigen» als Zustimmung. Mit der Erweiterung bleiben die Rechte der Angehörigen gewahrt. Sollte eine Person eine Organspende ablehnen, so kann sie dies jederzeit in einem nationalen Register festhalten, das 2023 eingeführt würde. Mit diesem Systemwechsel soll mehr Sicherheit und Klarheit geschaffen und die Angehörigen entlastet werden.

Referendum ergriffen

Gegen die erweiterte Widerspruchslösung wurde das Referendum ergriffen. Während die Befürworter mit Organspenden Leben retten wollen, befürchten die Gegner einen Eingriff in die persönliche Integrität.

Jede Person muss selber entscheiden

Für mich ist diese Gesetzesänderung eine ethische Frage, die jede Person für sich entscheiden muss. Sich rechtzeitig Gedanken über eine Organspende zu machen, scheint mir wichtig. Ich persönlich werde Ja stimmen, weil für mich die Vorteile überwiegen. Organspenden helfen anderen Menschen, dank dem Register kann ich frei entscheiden.

Elisabeth Spreng Troller
Vorstand Freisinnige Frauen Basel-Stadt

Parolen

Da der Redaktionsschluss für diesen Basler Freisinn vor unserem 2. Parteitag vom 25. April erfolgen musste, können wir leider die gefassten Parolen der FDP Basel-Stadt hier nicht publizieren. Siehe dazu im Inernet unter fdp-bs.ch.
Das sind die Empfehlungen des nationalen Parteitages der FDP Schweiz für die eidgenössische Abstimmung vom 15. Mai 2022:

Filmgesetz: Änderung vom 1. 10. 2021 des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur **NEIN**

Transplantationsgesetz: Änderung vom 1. 10. 2021 des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) **JA**

Frontex-Schengen: Bundesbeschluss vom 1. 10. 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der entsprechenden Verordnungen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) **JA**

Agenda

Tragen Sie diese Termine in Ihre Agenda ein:

15. Mai 2022	Eidg. Abstimmung
22. August 2022	3. Parteitag
25. September	Eidg. Abstimmung
24. Oktober 2022	4. Parteitag

Gedanken zur Zusammenarbeit der Bürgerlichen

Riehener Wahlen

Nachdem im ersten Wahlgang alle bürgerlichen Kandidierenden wiedergewählt wurden, brach die abgemachte bürgerliche Unterstützung für das Präsidium überraschend weg.

Während der Wahlkampf unter den Kandidierenden der FDP bei den Einwohnerratswahlen von grossem Engagement, gegenseitiger Unterstützung und Wertschätzung geprägt war, kann dies für die traditionelle bürgerliche Zusammenarbeit in Riehen bei den Gemeinderatswahlen leider nicht in vollem Umfange gesagt werden.

Entgegen frühzeitiger Abmachungen

Die Vertretungen der Bürgerlichen haben sich bereits ein Jahr vor den Wahlen zu ersten Gesprächen bezüglich einer weiteren Zusammenarbeit getroffen. Angemerkt sei hier, dass man seit 2014 mit der Formel, dass alle Bürgerlichen (Mitte, FDP, LDP und SVP) auf einer Liste antreten würden, maximalen Erfolg hatte. Leider wurde diese Erfolgsformel, insbesondere von einer Partei, ohne Not angezweifelt. Diese Unstimmigkeit konnte erst nach mehreren Treffen untereinander gelöst werden. Jedoch nur vermeintlich, wie sich später zeigte.

Die Bürgerliche Allianz verpflichtete sich dazu, mit den portierten Persönlichkeiten in einen 1. und allfälligen 2. Wahlgang für die Gemeinderats- und Präsidiumswahl zu gehen und diese zu unterstützen. Nach dem ersten Wahlgang und der erfolgreichen Wiederwahl aller für das Amt als Gemeinderat angetretenen bürgerlichen Kandidierenden gaben Parteivertretungen plötzlich an, die Abmachung zu brechen und die Bürgerliche Zusammenarbeit fürs Gemeindepräsidium nicht mehr zu unterstützen.

FDP für das grosse Ganze

Aus Sicht der FDP war es immer zentral, dass die bürgerliche Mehrheit im Zentrum stehen muss. Persönliche Sichtweisen gilt es zu respektieren, jedoch mit Blick auf das grosse Ganze unterzuordnen. Dieses Verhalten innerhalb der Bürgerlichen ist aus unserer Sicht höchst bedauerlich. Änderungen in der künftigen Zusammenarbeit der Bürgerlichen in Riehen sind daher nicht auszuschliessen. Dies ist aus Sicht der FDP bedauerlich. Nun gilt es zunächst jedoch alle Stimmen für Patrick Huber (Die Mitte) zu mobilisieren, damit im Gemeinderat weiterhin eine komfortable bürgerliche Mehrheit besteht.

Carol Baltermia
Präsident FDP Riehen-Bettingen

Partei-Standaktionen in Riehen 2022, Foto: Eva Biland

Grossratspräsident David Jenny waltet seines Amtes. Foto Michael Fritschi

Ein Präsidialjahr unter besonderen Bedingungen

Interview mit David Jenny

David Jenny präsidierte den Grossen Rat während der Pandemie hauptsächlich im Kongresszentrum anstatt im Rathaus – wie er trotz «Social Distancing» immer wieder Nähe schaffen konnte zum Parlament und zu seinen Partei- und Politkolleginnen und -kollegen und den Wählerinnen und Wählern, sagt er hier im Interview.

Ihr Präsidialjahr war von der C19-Pandemie geprägt. Dennoch konnten Sie an zahlreichen Anlässen den Kanton und den Grossen Rat repräsentieren. Wie viele Anlässe waren das? Welches war der grösste und welches der kleinste Anlass? Was war speziell? Ich habe bewusst darauf verzichtet, mir zu notieren, an wie vielen Anlässen ich teilgenommen habe und wie viele ich absagen musste. Ein Anlass wurde etwa 24 Stunden vorher pandemiebedingt abgesagt, meine Ansprache war geschrieben. Der grösste Anlass war der Vogel Gryff: Ich hatte die hohe Ehre, als Ehrengast teilnehmen zu dürfen. Meine Ansprache am Gryffemähli war der letzte Höhepunkt meines Präsidialjahres. Ein pandemiebedingt sehr kleiner Anlass war die Feier anlässlich der Pflanzung einer Eiche aus Anlass des 90-jährigen Bestehens des Altpfadfindervereins Zytröseli im Nachtigallenwäldeli. Meine Ansprache wurde aber gefilmt und konnte auf der Webseite des APV Zytröseli angehört werden.

Wenn man eingeladen ist, muss man als Preesi oft etwas sagen. Wie haben Sie sich darauf vorbereitet? Haben Sie die Reden selber geschrieben? Zweimal durfte ich den Regierungsrat bei der Eröffnung von Ausstellungen im Kunst- resp. im Tinguely-Museum vertreten. Ich konnte bei diesen Reden auf Entwürfe der Abteilung Kultur zurückgreifen. Bei einem Zunftanlass habe ich mit meiner Vorgängerin Salome Hofer gemeinsam einen Auftritt erarbeitet. Alle anderen Reden habe ich von A bis Z selber verfasst. Immer wieder bei der Vorbereitung von Ansprachen habe ich Werke zur Basler Geschichte und das von meinem Vater geerbte Handwörterbuch des Deutschen Aberglaubens konsultiert. An der Antritts- und Schlussrede habe ich während Monaten immer wieder daran gearbeitet. Die Konzepte beider Ansprachen standen in meinem Kopf schon seit langem fest. Die detaillierte Ausarbeitung braucht aber Zeit. Eine Rede mit der richtigen Anrede zu beginnen, ist sehr wichtig. Klappt der Einstieg, ist das Publikum fürs Erste befriedigt. Die Einladenden geben gerne dem Redner mit auf den Weg, er solle kurz, humorvoll aber doch mit etwas Gehalt sprechen. Je nach Anlass ist mehr Humor oder mehr Gehalt angesagt. Wenn ich an einem Anlass nicht als Erster gesprochen habe, versuchte ich, spontan in meine Rede Bezüge zu dem schon Gesprochenen einzuflechten. Völlig unvorbereitet musste ich nur einmal sprechen: Als ich im Münstersaal zum Empfang anlässlich des Weihnachtsmarktes erschien, wurde mir eröffnet, der Regierungspräsident könne pandemiebedingt nicht teilnehmen und ich solle doch an seiner Stelle ein paar Worte an die Anwesenden richten.

Ein Highlight war bestimmt das Präsidentenfest im Gundeldinger Feld, wo alle von Links bis Rechts dabei sein konnten. Wie war das Echo darauf? Dieser Anlass war für viele der erste, ungezwungene Grossanlass seit geraumer Zeit. Dank Anwendung der 3G-Regel konnte ich relativ breit einladen und auf eine Sitzpflicht verzichten. Dass die Junge SVP dies als diskriminierend empfunden hat, konnte ich nicht nachvollziehen, ich glaube aber, dass sehr viele meine Meinung geteilt haben.

Grossratssaal oder Kongresszentrum – wo war es einfacher, den «Laden» zu führen? Sehr gerne hätte ich möglichst alle Sitzungen während meines Präsidialjahres im Rathaus durchgeführt. Die Pandemie verunmöglichte dies. Das Wahren ausreichender Abstände ist im Grossratssaal schlicht unmöglich. Das Foyer des Kongresszentrums ist viel geräumiger als das Vorzimmer und das Grossratskäffeli. Den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten, war daher im Kongresszentrum in diesen speziellen Zeiten einiges einfacher als im Rathaus.

Vor Ihrem Präsidialjahr vermuteten wir, dass durch die vielen Apéros, die Körperfülle zunehmen könnte. Wie steht es damit? Da die Anzahl der Apéros in meinem Präsidialjahr doch begrenzt war, hielt sich der Zuwachs der Körperfülle in engen Grenzen.

Wie gross war der zeitliche Aufwand? Konnten Sie während des Präsidialjahres überhaupt «normal» arbeiten? Ich habe nicht jede Minute notiert, in der ich als Grossratspräsident im Einsatz war. Zwischen Ende Sommerferien und Anfang Dezember überstieg mein Einsatz wohl ein normales 50%-Pensum. Dank der Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen in unserer Kanzlei hoffe ich, dass meine Klientschaft darunter nicht allzu sehr gelitten hat.

Als Vize und als Preesi durften Sie ja während zweier Jahre nicht politisch aktiv sein. Das ist nun vorbei. Was sind Ihre politischen Stossrichtungen in nächster Zeit? Nach aussen soll sich ein Grossratspräsident politisch zurückhalten. Ich war aber auch als Statthalter und Präsident weiterhin in der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission und der Bildungs- und Kulturkommission aktiv und habe somit auch politisch mitgewirkt. Nun kann ich als normales Mitglied des Grossen Rates vor allem die Geschäfte dieser beiden Kommissionen wieder aktiv im Grossen Rat und in der Öffentlichkeit vertreten.

Interview: Edwin Tschopp

Jahresbericht der FDP-Grossratsfraktion

Als Erstes danke ich David Jenny für sein exzellentes Grossrats-Präsidialjahr. David hat das Parlament hervorragend durch die Wirren der Corona-Pandemie mit all den Parlamentsumzügen geführt.

Ich danke aber auch den weiteren Fraktionsmitgliedern für ihre intensive Arbeit im Parlament – verteilen sich doch 19 Kommissionssitze auf eine Grossrätin und sechs Grossräte.

Corona-Krise, Klima, Steuern

Die Hauptthemen im Parlament im vergangenen Kalenderjahr waren weiterhin die Bewältigung der Coronakrise wobei die Fraktion die Vorschläge der Regierung jeweils stützte. Ein zweites Schwergewicht war der Bericht der Klimakommission, welcher im Rat intensiv diskutiert wurde. Unter der Federführung von Luca Urgese, dem Kommissions-Vizepräsidenten, folgte die Fraktion den Anträgen der Kommission. Erfolgreich waren auch die verschiedenen Steuersenkungsvorstösse. Der Regierungsrat hat seinen Vorschlag zur Umsetzung soeben dem Parlament vorgelegt.

Verschiedene Vorstösse der FDP-Fraktion

Die Fraktion hat in den letzten zwölf Monaten zu verschiedensten Themen Vorstösse eingereicht.

Einige Beispiele:
Echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentürmern machen; Anpassung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) an das Gerichtsorganisationsgesetz (GOG); Verschiedene Vorstösse zu Velothemen (Velofurt-Pilotversuch, Parkplatzärger vs. Velosicherheit, Velorouten); Erweiterung der Restaurationsaussenflächen der Gastro-Parklets); Gestaltung des Marktplatzes, attraktives Steuerumfeld für Familien und Fachkräfte; Bekämpfung von illegalen Sprayereien; berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und am Mietgericht; Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen; Velofahrer und Velofahrerinnen halten sich nicht an die Verkehrsregeln; Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben.

Fehlende Kompromissbereitschaft

Die Parlamentsarbeit ist anspruchsvoller geworden, da praktisch keine Kompromisse mehr gefunden werden. Oft erstellen die Kommissionen Mehrheits- und Minderheitsberichte. Wurden trotzdem Kompromisse in den Kommissionen erarbeitet, werden diese regelmässig im Parlament mit Änderungsanträgen wieder in Frage gestellt.
Einsatz für liberale Ideale

Die FDP Grossrats-Fraktion wird sich weiterhin für die Verteidigung der liberalen Ideen, bessere Bildung, gegen die überbordende Geldverteilung und die massiv zunehmende Gesetzes- und Verordnungsflut einsetzen.

Erich Bucher, Fraktionspräsident

Steuerpaket ist absolutes Minimum

Die FDP.Die Liberalen Basel-Stadt begrüsst, dass der Regierungsrat ein umfassendes Steuersenkungspaket vorgelegt hat. Dank Vorstössen der FDP soll der Einkommenssteuersatz gesenkt und der Drittbetreuungsabzug erhöht werden.

Die FDP bedauert allerdings, dass nur ein kleiner Teil der vorgesehenen Massnahmen auf die Entlastung von Fachkräften zielt. Angesichts anhaltend hoher Überschüsse des Kantons ist das vorliegende Paket mit einem Umfang von 68 Mio. Franken für die FDP das absolute Minimum. Sie fordert eine stärkere Senkung des Einkommenssteuersatzes.

Mehr Einnahmen als benötigt

Seit mehreren Jahren schreibt der Kanton Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe. Der Kanton nimmt strukturell mehr Geld ein, als er benötigt. Für die FDP ist deshalb klar, dass das Geld via Steuersenkungen an diejenigen zurückerstattet werden soll, welche diese Steuern bezahlen.

Das vorliegende Steuerpaket erfüllt diesen Anspruch nur teilweise. Behauptungen von Links, wonach diese Vorlage «Schlagseite» zu Gunsten von hohen Einkommen habe, entsprechen schlicht nicht den Tatsachen. Vielmehr führt das Steuerpaket nur beschränkt zu einer Entlastung von Fachkräften, wie sie von der FDP in einer Motion gefordert wurde. Immerhin ist dank einer Motion von FDP-Grossrat Mark Eichner eine substanzielle Erhöhung des Drittbetreuungsabzuges vorgesehen, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf klar verbessern wird.

Ja zu Investitionen, aber nur wenn sie wirtschaftlich und machbar sind

Die FDP unterstützt Investitionen in den Wirtschaftsstandort Basel. Sie hat entsprechende Vorlagen im Grossen Rat unterstützt. Dementsprechend befindet sich das Investitionsniveau des Kantons schon heute auf hohem Niveau. Zusätzlichen Investitionen verschliesst sich die FDP nicht per se. Diese müssen aber wirtschaftlich nachhaltig und zudem auch machbar sein. Schon heute hat der Kanton Mühe, die vom Grossen Rat beschlossenen Investitionen fristgerecht auszuführen. Für Traumschlösser bietet die FDP keine Hand.

Referendumsdrohung ist schlechter Stil

Kein Verständnis hat die FDP dafür, dass schon vor einer ersten Beratung mit dem Referendum gedroht wird. Dies entspricht schlechtem politischem Stil. Die FDP wird ihre Anliegen im Rahmen der Kommissionsberatung einbringen und anschliessend über ihre Haltung zum Gesamtpaket entscheiden.

Vorstand und Fraktion
FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Jungfreisinnige

Der (Jung-) Freisinn – gefragter denn je

Freiheit ist kein Selbstläufer

Der Freisinn steht pointiert für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt. Aus tragischem Anlass sind diese Werte gefragter denn je. Freiheit ist viel mehr als ein Wort. Sie ist leider auch 2022 kein Selbstläufer, obwohl sie es sein sollte. Der Gemeinsinn hilft gerade in schweren Zeiten. Der Fortschritt als Garant für Wohlstand braucht Sicherheit genauso wie Freiheit, Innovation und Chancen – für Jung wie Alt!

Die Jungfreisinnigen haben Erfolg

Der Jungfreisinn blickt aktuell auf sehr erfolgreiche Meilensteine: Das Zustandekommen der Renteninitiative in einem schwierigen politischen und epidemiologischen Umfeld ist ein grossartiger Erfolg.

Selbiges gilt für das erfolgreiche Referendum gegen die unnötig bevormundende «Lex Netflix». Über ein Nein würden wir uns freuen!

Kämpfen wir für unsere Werte

Freisinn und Jungfreisinn können unter überzeugter Achtung unserer Werte im Kleinen wie im Grossen jegliche Herausforderungen meistern. Freisinnige Werte sollten gerade in diesen Zeiten gemeinsam und motiviert mit Elan vertreten werden.

Dominik Scherrer
Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt
Nicolai Bleskie
Politische Planung Jungfreisinnige Basel-Stadt

Einreichung von Unterschriften in Bern, Dominik Scherrer, Präsident JFBS und Nicolai Bleskie, Vorstandsmitglied JFBS, Foto: JFBS

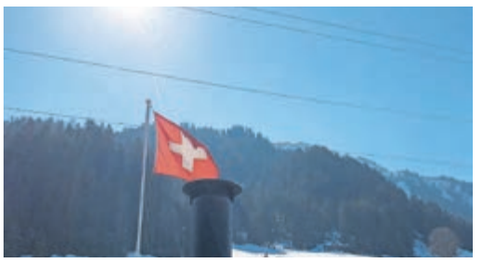
Unterschriftensammlung für Renteninitiative in Basel, Foto: Jonas Lüthy

FDP-Winterweekend

Genuss- und Schneewochenende

Das Warten hatte ein Ende und so machten sich Ski- und Schneebegeisterte am Samstag, dem 26. März 2022, auf den Weg nach Klosters zum traditionellen FDP-Winterweekend. Danke an dieser Stelle an **Stephan Maurer,** der diesen Event seit ein paar Jahren organisiert.

Ich bin am späteren Nachmittag mit dem Zug angekommen und hatte dieses Jahr die Skier nicht dabei. Ich wurde vom super motivierten **Daniel Schoop** im Skidress begrüsst, welcher bereits während Stunden die Pisten unsicher gemacht hatte. Mit **Dominik Scherrer** zusammen – auch ohne Skier unterwegs - fuhren wir dann zum Lagerhaus, wo bereits die restlichen Schneebegeisterten bei einem Apéro zusammensassen. Natürlich wurde viel über Politik geredet, mal



hitziger mal weniger hitzig, vom Apéro über das wunderbare Abendessen von **Erika Maurer** bis in die späten Abendstunden. Dann wurde Energie getankt, denn am Sonntagmorgen hiess es für die Meisten nach einem feinen Zmorge Skier an und ab geht's. Der Himmel war blau, die Sonne schien, was will man mehr. Die Nicht-Skifahrer blieben auch nicht untätig und haben sich in verschiedenen Gruppen zu Fuss auf Erkundungstour gemacht. Und dann wars leider bereits wieder vorbei. Ich freue mich jetzt schon auf 2023.

Isabelle Mati, Co-Präsidentin FDP Grossbasel Ost

Aberau

Was fällt einem auf, was einem nicht auffallen sollte? Was ist schief gelaufen, was nicht hätte schieflaufen sollen? Wer soll dafür den Kopf hinhalten?

Während andernorts die Waffen sprechen, gelingt es in Basel-Stadt mit verblüffender Leichtigkeit, neue «Probleme» zu schaffen. Hiesige Familiengärtenareale sollen von jederfrau und jedermann betreten, begafft und verdreckt werden dürfen. Sogar einige FDPler stimmten im Grossen Rat diesem von der Stadtgärtnerei und Esther Keller ohne Not inszenierten Unsinn zu. Zum Glück wird es wohl ein Referendum geben.

Das zweite Problem scheint den ÖV zu betreffen, müssen nun doch nach Ende der Covid-Massnahmen wieder die Türknöpfinnen gedrückt werden. Für etwelche Weicheier und Weicheierinnen scheint das eine grosse Zumutung zu sein. Stadtgärtnerei und Esther Keller frönen weiter dem Baumfällhobby. Nach Margarethenstrasse und Rümelinplatz gibt es anscheinend auch bei der 36er-Endstation in Kleinhüningen keine andere bauliche «Lösung», als gesunde grosse Bäume für die – zweifellos notwendige – Ladestation zu fällen. Hat nicht die Partei von Frau Keller das Wort «grün» im Namen?

Schneller als gedacht, haben einige Immobilienfirmen und Privatinvestoren die Nase voll von den ständig grösser werdenden Hindernissen beim Wohnungsbau und -unterhalt. So hat der Kanton zu einem gigantischen Preis zulasten des Finanzvermögens das Geviert bei der Claramatte gekauft und muss sich nun um diese Liegenschaften kümmern. Die bekannte Immobilienfirma Hiag verzichtet fürderhin auf Investitionen in Basel-Stadt, genauso wie einige kleinere Investoren. Und ob es dereinst günstige Wohungen auf dem Klybeckareal geben wird? Auf jeden Fall machen die ständigen Änderungen der Spielregeln Basel-Stadt nicht attraktiver, sondern sind eine schleichende Enteignung. Wir werden wohl in Zukunft wie in Genf und in deutschen Städten vermehrt verluderte Häuser sehen. Ist so gewollt von Linksgrünen, die beharrlich an einem Kanton à la DDR 2.0 basteln. Bald wird es wohl ein Wohnungszuteilungsbüro geben und dann kommen Blockwartinnen und Blockwarte.

Dazu passt auch, dass die SP der eigenen Regierungsrätin Tanja Soland am Steuerzeug flicken und sich gegen vernünftige und notwendige Steuersenkungen zugunsten des Mittelstandes wehren will.

Wundert es da eine oder einen noch, dass aus dem Bekanntenkreis in nächster Zeit weitere Personen unserem Kanton den Rücken zukehren werden? Spoiler: Es sind keine linksgrün Wählenden.

Rathaustürsteher

Grossbasel Ost

Wir geben Vollgas

Wir freuen uns sehr, dass die Covid-Massnahmen aufgehoben sind. So können wir endlich mit Ihnen, liebe Mitglieder, wieder tolle Events und Veranstaltungen geniessen.

Im Moment ist die Sektion aktiv am Sammeln von Unterschriften für die Initiative zur Individualbesteuerung. Bei der Sammelaktion am 5. Februar 2022 konnten wir feststellen, dass dieses Anliegen eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung geniesst. Das freut uns nicht nur, sondern vereinfacht das Sammeln von Unterschriften deutlich.

Wie weiter mit Bauprojekten?

Daneben laufen in unseren Quartieren immer wieder Projekte, wo wir auf verschiedenen Kanälen intervenieren. Im Moment stehen da der teure Umbau oder eben die Minimalvariante bei der Kunsti Margarethen zur Diskussion. Dazu beschäftigt uns die Sanierung der Peter-Merian-Brücke und die neue Passarelle über den Bahnhof SBB.

Schandflecke im Gellert und auf dem Bruderholz

Wir konnten vernehmen, dass es im Gellert an der Ecke Wartenbergstrasse/Hardstrasse (ehemals

Motivierte FDPler bereit für «Jagd» nach Unterschriften.

Restaurant Gellert) endlich ein Neubauprojekt für diesen Schandfleck gibt. Eine ähnliche Situation besteht auf dem Bruderholz mit dem Restaurant «La Torre» beim Wasserturm. Dort bestreitet der Eigentümer die «Unter-Denkmalschutz-Stellung». Engagiert arbeitet der NQV Bruderholz unter Leitung von Conrad Jauslin (FDP) an einer Lösung, die einerseits den Erhalt dieser Liegenschaft ermöglicht, andrerseits aber auch für den Eigentümer tragbar ist.

GV am 12. Mai

Am 12. Mai findet die Generalversammlung unserer Sektion statt. Wir freuen uns auf einen spannenden Anlass. Die Einladung dazu sollten Sie erhalten haben.

Was geht am Bahnhof SBB?

Bereits geplant ist ein Anlass zum Bahnhof SBB im Juni. Der Bahnhof ist eine sehr wichtige Drehscheibe in unseren Quartieren und wir wollen von der SBB wissen, wie es mit den Projekten wie Margarethenbrücke, zusätzliche Passarelle, zusätzliche Geleise und der Anbindung vom Bahnhof SBB weitergeht. Die Einladung erhalten unsere Mitglieder im Mai.

Machen Sie mit!

Sind Sie noch nicht Mitglied unserer Sektion, aber an unseren Anlässen oder einer Mitwirkung in der FDP Grossbasel Ost interessiert? Dann melden Sie sich doch schnell unter folgendem Link als Mitglied an: www.fdp-bs.ch/mitglied-werden.

Isabelle Mati und David Friedmann
Co-Präsidium FDP Grossbasel Ost

FDP Kleinbasel

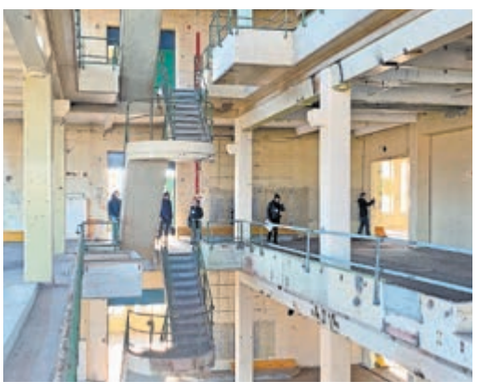
Mitgliedermanagement und Wasserstoff

Die Arbeitsgruppe «Wahlen & Mitglieder» hat unter der Leitung von Urs-Ulrich Katzenstein ein Konzept für das Mitgliedermanagement erarbeitet. Erste Ideen daraus für die Neumitgliederwerbung werden in Kürze umgesetzt.

Die Arbeitsgruppe «Veranstaltungen» unter dem Vorsitz von Chris Hess plant für den 2. Juni eine erste spannende Veranstaltung zum Thema «Wasserstoff-Produktion». Die Einladung dazu folgt.

Besuch bei Swiss Life im Klybeck

Letzten Oktober besuchten wir im Klybeck die Rhystadt AG. Ende März ging es ins KLYBEQ. Eine Delegation der Swiss Life erläuterte, wie das Unternehmen das KLYBEQ entwickeln möchte und was aktuell die grossen Herausforderungen sind. Da all die neuen und noch zu befürchtenden investitionshemmenden Regulierungen die Planbarkeit und die Realisation von Wohnbauten verzögern, hat die Swiss Life damit angefangen, bestehende Gebäude für Labornutzungen zu sanieren. Also Labors statt Wohnraum als erste Konsequenz der Überregulierung von Rot-Grün.



Im Innern des Gebäudes K-90, einstmals die weltweit grösste Farbenfabrik (Foto: zVg)

Generalversammlung der FDP Kleinbasel am 23. Mai 2022

Die diesjährige Generalversammlung findet voraussichtlich in der frisch sanierten Kaserne mit einer Besichtigung und anschliessendem Apéro statt. Die Einladung dazu erfolgt per E-Mail.

Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel

Das Gebäude K-26, in dem früher Eis hergestellt wurde, soll erhalten bleiben. (Foto: zVg)

Braucht es einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub?

FDP Frauen

Der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub wird zurzeit auf nationaler Ebene diskutiert. Braucht es gesetzlich angeordnete Massnahmen für einen Prozess, der bei jeder Frau individuell verläuft und würden die Anstellungsbedingungen wirklich besser?

Ich denke, nein! Ich bin Mutter einer zweieinhalb Jahre alten Tochter und im Sommer wird unser zweites Kind zur Welt kommen. Ich plädiere für eine individuelle Lösung, die die persönlichen Bedürfnisse jeder Schwangeren und auch die Arbeitssituation unter Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Schwangere berücksichtigt.

Meiner Meinung nach sollte jede Frau selbst – zusammen mit ihrem betreuenden Arzt – entscheiden, wie lange sie in der Lage ist, zu arbeiten. In einer Schwangerschaft können jederzeit Komplikationen auftreten. Arbeitgeber sollten deshalb schon früh über die Schwangerschaft informiert und in die Lösungsfindung mit eingebunden werden. Idealerweise werden mit der betroffenen Mitarbeiterin flexible Lösungen erarbeitet und für unerwartete Ausfälle eine Stellvertretung organisiert.

Bei meiner ersten Schwangerschaft habe ich erst zwei Wochen vor dem prognostizierten Geburtstermin mit der Arbeit aufgehört. Die Ablenkung tat mir gut und hat meinem Kind sicher nicht geschadet. Für mich war der Mutterschaftsurlaub NACH der Geburt wichtiger.

Frauen erhalten übrigens mit der heutigen Lösung zumindest anfänglich mehr Lohn als dies bei einer Finanzierung über die Erwerbsersatzordnung (80%) der Fall wäre. Studien haben gezeigt, dass zwei Drittel der Frauen bei Krankschreibung bis zur Geburt den vollen Lohn erhalten. Die Einführung einer gesetzlichen Lösung, welche für die Schwangeren zu finanziellen Nachteilen führt, erachte ich als nicht zielführend.

Zerina Rahmen
Vizepräsidentin FDP Riehen-Bettingen,
FDP Frauen Basel-Stadt

Lergenmüller AG
Oberdorfstrasse 10
Postfach 108
4125 Riehen 1
+41 (61) 641 17 54
lergenmueller@bluewin.ch
www.lergenmuellerag.ch
Keramik-, Mosaik- & Natursteinverlegung
Reparatur- & Wartungsservice

R. Soder Baugeschäft AG
Oberdorfstrasse 10 Postfach 108 4125 Riehen1
Telefon 061 641 03 30 soderbau@bluewin.ch
Ausführung von Neu- und Umbauten, Reparaturen, Gerüstbau, Diamantkernbohrungen, Beton- und Fassadensanierungen

Die richtigen Themen mit klaren Botschaften

Der Vorstand FDP Basel-Stadt verfolgt eine neue Marketingstrategie mit dem Ziel, bereits zwischen den Wahlkampf-Perioden kontinuierlich mit Forderungen und Slogans auf die Parteiarbeit aufmerksam zu machen.

Welche Themen sind wichtig für Basel? Und welche Themen bewegen die Wählerinnen und Wähler? Diese Fragen haben den Vorstand und die Fraktion in den letzten Monaten beschäftigt. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen – Bürgergemeindewahlen im Mai 2023, National- und Ständeratswahlen im Oktober 2023 und Grossrats- und Regierungsratswahlen im Oktober 2024 – ist es zentral, den Basler Freisinn bei den richtigen Themen mit klaren Botschaften zu positionieren. Und diese Botschaften müssen kontinuierlich kommuniziert werden, nicht erst im Wahlkampf. Die Kommunikation darf aber auch nicht mit generischen Platzhaltern befüllt werden, sondern muss konkrete Forderungen transportieren. Der Vorstand hat sich für die Themen Bildung, Mobilität, Stadtentwicklung und Wirtschaft entschieden und wird nun weiterführende Forderungen erarbeiten.

Elias Schäfer, Vizepräsident FDP Basel-Stadt

Osteuropa war auch im «Freisinn» vom Mai 1992 ein wichtiges Thema.

AZB Nr. 5 Mai 1992

Schweiz

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern) Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich) efa Zeitschriften (Glattbrugg)

Osteuropahilfe: Eindrücke und Ideen

Im Januar hat der Ständerat als Zweitrat die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten befürwortet und einen Rahmenkredit von 800 Millionen Franken zur Finanzie-

Die 30-jährige Kampfjet-Debatte

Der «Freisinn» im Mai 1992

Titelgeschichte

«Längerfristig täuscht sich die SP in einem wichtigen Punkt»

Parteipräsident Franz Steinegger ärgert sich über die SP.

Osteuropa

«Der Tag der Demokratie bricht an»

Erlebnisbericht von den ersten freien Wahlen in Albanien.

Bereits vor 30 Jahren debattierte die Schweiz intensiv über neue Kampfflugzeuge. Das polemische Vorgehen der Gegner neuer Kampfflugzeuge war damals gleich wie heute, wie ein Blick in den «Freisinn» von Mai 1992 zeigt. Ebenfalls eindrücklich ist der Bericht der ersten freien Wahlen in Albanien.

Es mag ja sein, dass sich die Geschichte grundsätzlich nicht wiederholt. Manchmal hält die Gegenwart aber frappierende Ähnlichkeiten mit der Vergangenheit bereit. In der Frühlingssession 1992 stimmten die eidgenössischen Räte dem Kauf von 34 Kampfflugzeugen des Typs F/A-18 zu. Die GSoA lancierte darauf eine Initiative, die die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen verbieten wollte. Alles in allem ein ähnliches Muster, wie wir es zurzeit mit der «Stop F-35-Initiative» erleben. Während im Jahr 2022 die SRF-«Rundschau» mit tendenziöser Berichterstattung auffällt (und vom Ombudsmann gerügt wird), ist es im Jahr 1992 die SP, die negativ auffällt. An Ostern drohte der damalige SP-Präsident Peter Bodenmann dem damaligen FDP-Bundesrat und Verteidigungsminister Kaspar Villiger mit einer Klage. Auslöser war eine Vorauszahlung von 50 Millionen Franken für das neue Kampfflugzeug, obwohl eine Initiative dagegen lanciert wurde.

Klare Worte vom Parteipräsidenten

Im «Freisinn» vom Mai 1992 machte der FDP-Präsident Franz Steinegger seinem Ärger Luft: «Die SP hat tief in die demagogische Trickkiste gegriffen. Nach historischen Vorbildern wurde einem Amtsinhaber vorgeworfen, das Recht zu verletzen, weshalb er vor Gericht gestellt werden müsse.» Nicht nur der Stil der politischen Konkurrenz machte Steinegger zu schaffen, sondern auch das grundsätzliche Ansinnen der GSoA, wie er dem «Freisinn» sagte: «Die GSoA-Initiative führt faktisch zur Abschaffung der Luftwaffe. Ohne Kombination mit einem modernen Flugzeug erachte ich es als sinnlos, mit dem bisherigen Flugzeug herumzufliegen.»

Wahlbeobachtung in Albanien

Nicht nur punkto Kampfflugzeuge gibt es Parallelen zwischen 1992 und 2022, sondern auch in Sachen Osteuropa. Während heute die Ukraine unter dem russischen Angriffskrieg leidet, lag der Fokus vor 30 Jahren auf Albanien, das erste zaghafte Schritte in Richtung Demokratie machte. Der damalige Nationalrat Urs Scheidegger (SO) war Teil einer Delegation von Parlamentariern und EDA-Vertretern, die die Wahlen in Albanien beobachtete. Für den «Freisinn» berichtete er aus dem Balkan-Land und zog ein weitgehend optimistisches Fazit: «Viele Tränen der Freude, viele lebensfrohe Gesichter waren am Tag nach den Wahlen zu sehen. Das waren nicht einfach nur Wahlen, das war eine Revolution eines Volkes, das erstmals in einer langen, leidvollen Geschichte mit einem klaren Resultat die Geschicke selbst in die Hände nehmen wollte.»

Obwohl die Demokratische Partei klar als Wahlsieger triumphierte, war Scheidegger klar, dass Albanien noch vor grossen Herausforderungen stand. «Die Fabriken stehen still, zwei Drittel der Erwachsenen sind arbeitslos, und in den Läden gibt es kaum etwas zu kaufen», hielt er fest. Er plädierte deshalb dafür, dass die Schweiz in Albanien humanitäre Hilfe leistet, insbesondere im Gesundheitsbereich. «Wer ein Spital in Tirana besucht, wähnt sich nicht einmal in einem Drittweltland. Hier muss die schweizerische humanitäre Hilfe einsetzen.» 30 Jahre später steht in Albanien längst nicht alles zum Besten. Wenn man dank dem Blick ins Archiv sieht, wo das Land nach dem Ende des Kommunismus stand, sind deutliche Verbesserungen augenscheinlich.

Marco Wölfli

QR-Code scannen und den ganzen «Freisinn» vom Mai 1992 lesen.

«Ich wünsche mir, dass die Fraktion als Team arbeitet»

Ziele und Vorstellungen des neuen Fraktionspräsidenten

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier versteht sich als Coach, der auf ein gutes Kollektiv achtet und ein Gleichgewicht zwischen internen Diskussionen und dem Einsatz für gemeinsame Positionen herstellt. Genauso wichtig ist ihm aktive Präsenz der FDP-Parlamentariern in ihren Heimatkantonen.

Seit deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten sind einige Wochen vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt? Es ist ein neues Kapitel und eine neue Herausforderung. Zehn Tage nach der Wahl begann bereits die Session. Das erforderte gute Vorbereitung und viel Energie. Ich habe aber grosse Freude an meiner neuen Rolle und bin dankbar für das Vertrauen. Mir gefällt, dass man mit allen Fraktionsmitgliedern und Vertretern anderer Fraktionen sowie Bundesräten und externen Vertretern einen regen Austausch pflegt. Das Amt sorgt auch dafür, dass man alle politischen Themen im Blick hat, nicht nur diejenigen der eigenen Kommission.

Du bist Spezialist für Aussenpolitik. Ist diese breite thematische Abdeckung eine besondere Herausforderung? Es stimmt, dass ich mich in Aussenpolitik gut auskenne, aber ich bin schon seit 25 Jahren in der Politik und habe mich schon viel mit Bildungs-, Sozial-, Finanzpolitik und Forschungsthemen befasst. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission bin ich nun unter anderem für Migrationsthemen, Demokratie und Datenschutz zuständig. Ich finde es wichtig, dass man als Politiker ein Generalist bleibt. Ich kann mich für viele Themen begeistern, deshalb entspricht mir diese Art des Politisierens.

Nach über 25 Jahren bist du der erste Fraktionspräsident aus der Westschweiz. Was bedeutet das für die Fraktion? Ich denke, meine Herkunft sollte nicht überbewertet werden. Es gibt seit 50 Jahren Abwechslung zwischen lateinischen und deutschsprachigen Fraktionspräsidenten. Zuletzt hatten wir mit Ignazio Cassis und Fulvio Pelli zwei Tessiner als lateinische Fraktionspräsidenten. Diese Abwechslung ist positiv, weil damit verschiedene Kulturen in den Parteigremien vertreten sind. Die Integration von Minderheiten entspricht auch den Werten der Schweiz – umso mehr, weil 40 Prozent der Fraktionsmitglieder aus der lateinischen Schweiz kommen. Aber am Ende zählt nicht, woher man kommt, sondern ob man die FDP-Werte vertritt und sich für den Zusammenhalt in der Fraktion einsetzt.

In der FDP-Liberale-Fraktion gibt es traditionell viele unterschiedliche und auch starke Meinungen. Wie gehst du damit um? Wir sind die Partei der Freiheit. Es ist daher nicht erstaunlich, dass unterschiedliche Positionen existieren, gerade zu Beginn eines politischen Prozesses. Das ist aber nichts Neues! Kurt Fluri erinnerte kürzlich bei der Würdigung des verstorbenen Nationalrats Franz Eng daran, dass es dieselben Diskussionen gab, als Eng Ende der 1970er-Jahre Fraktionspräsident war. Es ist wichtig, dass alle ihre Meinung äussern können. Wir diskutieren, hören einander zu und suchen schliesslich nach einer gemeinsamen Position. Die Einbindung von Haltungen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ist typisch Schweiz. Und wenn man

«Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft.»

Damien Cottier wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, zuvor war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Didier Burkhalter. Als Fraktionspräsident versteht sich Damien Cottier als Coach der Fraktion. Fotos: Désirée Dittes

sich nicht findet, stimmt man ab. Als Fraktionspräsident will ich in diesen Prozessen ein Gleichgewicht finden.

Was sind deine Prioritäten als Fraktionspräsident? Ich entscheide nicht, in welche Richtung sich die Fraktion bewegen soll. Was ich mir wünsche, ist, dass die Fraktion als Team agiert. Wir sind nicht einfach die Summe von 41 Einzelpersonen, sondern ein FDP-Team, das gemeinsame Werte vertritt. Da ähnelt sich die Politik dem Sport. Es braucht einen guten Teamgeist, um zu gewinnen. Deshalb will ich auch Raum schaffen für Diskussionen, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Kurzum: Meine Priorität ist, dass wir als Team funktionieren und jeder seinen Platz findet.

Und in diesem Team bist du der Kapitän? Ich bin eher der Coach, der motiviert, unterstützt, an die gemeinsamen Regeln erinnert und die Arbeit organisiert.

Nicht nur die Fraktion ist ein Team, sondern auch das Fraktionspräsidium mit Daniela Schneeberger, Hans Wicki und dir. Wie funktioniert die Zusammenarbeit? Sehr gut! Um es mit einer französischen Redewendung zu sagen: Die Mayonnaise hat sofort gepasst. Hans Wicki ist erfahren, konstruktiv und sehr angenehm im Umgang. Er hat seine Rolle als Präsident der Ständeratsgruppe, die ihre eigene Dynamik und Agenda hat. Die Ständeratsgruppe ist natürlich in die Fraktion integriert, muss aber trotzdem ihre eigene Arbeitsweise bewahren. Über die Wahl von Daniela Schneeberger als Fraktionsvizepräsidentin habe ich mich sehr gefreut. Sie übt ihre Aufgabe mit viel Dynamik, Erfahrung und Loyalität aus und zeigt grosses Engagement. Was nicht zu unterschätzen ist: Beide haben einen tollen Sinn für Humor. Wir bilden sicher ein gutes Team.

Wir befinden uns in der zweiten Hälfte der Legislatur. Was sind deine Ziele mit der Fraktion bis zum Legislaturende? Wir wollen den bisherigen Weg fortsetzen und die Ziele weiterverfolgen, die wir uns zu Legislaturbeginn gesetzt haben. Die Themen Sicherheit und Energieversorgung bleiben zentral. Zudem haben diese Themen aufgrund der Aktualität an Bedeutung gewonnen und die FDP ist hierbei glaubwürdig. Selbstverständlich hat auch die Sicherung der Altersvorsorge hohe Priorität und wirtschaftliche Fragen bleiben das Kerngeschäft der FDP. Wirtschaftliche und steuerliche Massnahmen, um die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, Innovation zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine Daueraufgabe, die von uns ständig vorangetrieben wird. Diese Anstrengungen der FDP sind nicht neu, gewinnen durch die Aktualität aber noch an Gewicht. Es liegt an uns, unsere Arbeit im Parlament in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die Fraktion hat dabei eine Scharnierfunktion. Wir können die Parteistrategie in die parlamentarische Arbeit aufnehmen.

In eineinhalb Jahren finden die eidgenössischen Wahlen statt. Was kann die FDP-Liberale-Fraktion beitragen, damit die FDP gewinnt? Weiterarbeiten wie bisher und unsere Tätigkeit im Parlament noch besser bekannt machen. Zudem bin ich überzeugt, dass die lokale Verankerung wichtig ist. Wir haben zuletzt in verschiedenen Kantonalwahlen gute Ergebnisse erzielt. Dabei ist es wichtig, dass die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch mit der Bevölkerung in Kontakt treten, Flyer verteilen und bei der Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung mitmachen. Die gewählten FDP-Vertreter kennen die Bevölkerung und können ihre Anliegen weitertragen. Die Fraktionsmitglieder sollten daher in ihren Kantonen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben teilnehmen und bei den Aktivitäten ihrer Kantonalpartei präsent sein.

Die Nähe zwischen Politik und Bürger ist also ein Vorteil? Absolut. Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft. Gleiches gilt für die Parlamentarier, die man in ihrer Heimat problemlos ansprechen kann. Das ist äusserst wertvoll. So haben die Menschen das Gefühl, gehört zu werden und dass ihre Meinung ernst genommen wird. Zu diesem Dialog müssen wir Sorge tragen.

Zwischen 2001 und 2005 warst du Fraktionspräsident der FDP im Neuenburger Kantonsparlament. Hilft dir die Erfahrung aus dieser Zeit heute? Natürlich, es ist exakt dasselbe (lacht). Ernsthaft: Im Bundesparlament ist die Organisation etwas komplizierter. Es gibt zwei Kammern und mehrere Sprachen, aber am Ende ist die Arbeit ähnlich. Ich muss dafür sorgen, dass die Diskussionen intern geführt werden, die Fraktion geeint ist und mit anderen Fraktionen für Mehrheiten kämpfen. Auch wenn es Unterschiede gibt, ist die Arbeit eines Parlaments im Grundsatz überall gleich.

In der jüngeren Vergangenheit wurden mit Pascal Couchepin und Ignazio Cassis zwei Fraktionspräsidenten Bundesrat. Ist das auch eine Option für dich? Ein Blick auf die Galerie ehemaliger Fraktionspräsidenten zeigt, dass die meisten nie Bundesräte geworden sind. Die Frage stellt sich daher nicht. Wir verfügen über zwei hervorragende Bundesräte, die noch lange im Amt bleiben.

Interview: Marco Wölfli

Thierry Burkart freut sich über die freisinnigen Erfolge der letzten kantonalen Wahlen.
Foto: Sophie Brasey

«Es gibt nur eine liberale Stimme»

Thierry Burkart zeigt sich zuversichtlich

Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt zieht Parteipräsident Thierry Burkart eine Zwischenbilanz und spricht über seine Besuche an der Basis, Erfolge in kantonalen Wahlen und liberale Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

Seit gut sechs Monaten bist du nun Präsident der FDP Schweiz. Wie lautet deine Zwischenbilanz? Es freut mich, dass die FDP in den letzten Wochen wichtige Themen lancieren konnte. Die anderen Parteien fühlen sich aus der Reserve gelockt, die Medien nehmen unsere Themen auf. Kurz: Man spricht über uns. Wir prägen damit die Politik unseres Landes – so muss es sein. Unsere Positionen sind klar und verständlich. Wir reden mit klarer Kante.

Erfreulich ist auch, dass wir die parteiintern schwierigsten Themen bereinigen und uns jeweils einstimmig auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Sei es bei unserer Position im Bereich CO_2 bzw. Klima, der Stromversorgungssicherheit und Technologieoffenheit oder der Reform der Altersvorsorge. Zur Europapolitik haben wir soeben ein Positionspapier erarbeitet. Es wird an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni verabschiedet. Damit schliessen wir rund eineinhalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen die Reihen. Das macht mich zuversichtlich, denn will sich die FDP für die notwendigen Reformen mit mehrheitsfähigen Lösungen aktiv einbringen, ist Geschlossenheit eine zentrale Voraussetzung.

Du hast bereits zahlreiche Parteianlässe besucht. Was für eine FDP hast du angetroffen? In der Tat durfte ich bereits viele Anlässe in den Kantonal-, Bezirks- und Ortsparteien besuchen – und Bratwürste, Raclettes und Fondues im ganzen Land geniessen! Spass beiseite, es ist schon eindrücklich zu beobachten, mit wie viel Motivation, Begeisterung und Tatendrang sich Freisinnige im ganzen Land für das liberale Gedankengut einsetzen. Das gibt mir den Ansporn, jeden Tag für die FDP mein Bestes zu geben. Denn wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei. Die Vielfalt an Meinungen ist eine echte Chance, die es zu nutzen gilt.

Hat sich das Modell mit dem fünfköpfigen Präsidium bewährt? Sehr! Als ich mir im letzten Sommer die Präsidiumskandidatur überlegte, war für mich schnell klar, dass es ein starkes Team braucht. Umso glücklicher bin ich heute, Andrea, Philippe, Johanna und Andri an meiner Seite zu wissen. Wir harmonieren und ergänzen uns hervorragend. Sie unterstützen mich in meiner Führungsaufgabe, denn sie verantworten je eigene Ressorts. An dieser Stelle spreche ich dem Vizepräsidium meinen herzlichen Dank aus.

In den letzten Wochen fanden in vier Kantonen Wahlen statt. Was kann die FDP Schweiz davon mitnehmen? Die Wahlresultate dürfen uns zuversichtlich stimmen. Die Wahlen sind erfreulich ausgefallen, auch wenn wir da und dort einen Dämpfer hinnehmen mussten. Lediglich in Bern verloren wir ganz leicht, erzielten bei den Regierungsratswahlen aber ein hervorragendes Ergebnis. In Obwalden legten wir drei Sitze zu. Im Nidwaldner Parlament bleiben wir deutlich stärkste Partei. Weiter holten wir in der Waadt gleich drei Regierungssitze und legten überdies im Parlament einen Sitz zu – wir halten nun 50 der 150 Sitze! Ebenso konnten wir bei den Gemeindewahlen in Zürich Sitze dazugewinnen – sogar in den Städten Zürich und Winterthur. Wir können feststellen: Nach den früheren Wahlverlusten geht es jetzt wieder aufwärts!

In eineinhalb Jahren wird auf nationaler Ebene gewählt. Was braucht es, dass die FDP die Wahlen gewinnt? Ein spezielles Thema oder Argument, um zu überzeugen, für die FDP zu stimmen? Wir fahren ganz einfach fort wie begonnen – vorausschauend denken, mit klarer Kante reden und glaubwürdig handeln. Es gilt, den Menschen in diesem Land aufzuzeigen, für welche Werte die FDP steht: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt.

Unsere Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, die auf einer liberalen Politik beruht. Deshalb gibt es nur eine liberale Stimme, und das ist die FDP. Heute wird oft zu schnell nach dem Staat gerufen. Diese schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen führen oft dazu, dass sie kompliziert werden und neue Nachteile entstehen. Hier braucht es die FDP mit ihren liberalen Antworten. Gemeinsam erarbeiten wir gute, tragfähige und nachhaltige Wege für die anstehenden Herausforderungen.

Interview: Gabrielle De Simone

Die bürgerliche Allianz zahlte sich in der Waadt aus.
Von links: Valérie Dittli (Die Mitte, neu gewählt), Michaël Buffat (SVP, nicht gewählt), Christelle Luisier (FDP, wiedergewählt), Isabelle Moret (FDP, neu gewählt) und Frédéric Borloz (FDP, neu gewählt).

Intensiver Wahl-Frühling

Rückblick auf die Wahlen in BE, VD, NW und OW

In den vier kantonalen Wahlen, die im März und im April stattgefunden haben, resultierten für die FDP insgesamt solide Ergebnisse. Neben Sitzgewinnen in den Parlamenten von Waadt und Obwalden waren insbesondere die Waadtländer Regierungsratswahlen ein grosser Erfolg.

In den letzten Wochen fanden in Bern, Waadt, Nidwalden und Obwalden kantonale Wahlen statt. Aus Sicht der FDP gab es verschiedene positive Resultate, aber auch vereinzelte Enttäuschungen. So musste die FDP im Kanton Bern den Verlust von zwei Sitzen bei den Grossratswahlen hinnehmen. Parteipräsident Stephan Lack begründet das Resultat unter anderem mit Proporzpech: «2018 hatten wir etwas Proporzglück und gewannen drei Restmandate. Dieses Jahr haben wir insgesamt leicht verloren und hatten dazu noch etwas Proporzpech: Beide Sitzverluste waren recht knapp, zudem wurde ein Sitzgewinn im Wahlkreis Emmental nur knapp verpasst.» Ausgesprochen erfreulich verliefen die Regierungsratswahlen im zweitgrössten Kanton. Der bisherige Sicherheitsdirektor Philippe Müller erzielte das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und half mit, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu sichern.

Wahlkampf dauert vier Jahre

Stephan Lack, dem selbst die Wahl in den Grossen Rat gelang, erlebte einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Für die Zukunft ortet er dennoch Verbesserungspotenzial: «Auf mittlere Sicht muss es uns gelingen, die Sektionen und die Kreise wieder zu stärken und neue Mitglieder an der Basis zu gewinnen. Der Wahlkampf dauert eben nicht nur vier Monate, sondern vier Jahre. Sehr wichtig ist auch, dass es in Zukunft noch konsequenter gelingt, dass sämtliche relevanten Gemeinden ihre bekanntesten Persönlichkeiten auf der Liste haben und die Nachfolgeplanung für die abtretenden Grossrätinnen und Grossräte zeitlich optimal koordiniert wird.» In den kommenden vier Jahren will sich die FDP im Kanton Bern weiterhin für gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe einsetzen.

Toller Erfolg in der Waadt

In der Waadt war die FDP vor den Wahlen die stärkste Partei und konnte diese Position erfolgreich verteidigen. Dank einem Sitzgewinn bei den Grossratswahlen hält die FDP Waadt nun 50 von 150 Sitzen im Kantonsparlament. Die Grundlagenarbeit für den Wahlerfolg begann bereits im vergangenen Sommer, erklärt Parteipräsident Marc-Olivier Buffat. Dazu kam ein Programm mit Fokus auf die Schwerpunktthemen Verantwortung, Verkehrspolitik und Ausbau von erneuerbaren Energien. Zudem rückte die FDP Waadt die Steuerpolitik ins Zentrum. Auch das Bündnis «l'alliance vaudoise», das mit SVP und Die Mitte für die Staatsratswahlen gebildet wurde, half der FDP, sagt Buffat: «Das Bündnis hat uns auch in den Grossratswahlen viel gebracht, weil es die Kräfte gebündelt hat. Dazu haben unsere 150 Kandidatinnen und Kandidaten intensive Mobilisierung betrieben.» Die Waadtländer Allianz hat bei den Staatsratswahlen gut funktioniert. Die bisherige FDP-Staatsrätin Christelle Luisier schaffte die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang gelang auch Isabelle Moret und Frédéric Borloz den Sprung in die kantonale Exekutive. Damit verteidigte die FDP die Sitze der zurückgetretenen Regierungsräte Philippe Leuba und Pascal Broulis.

Als grösste Partei des Kantons will die FDP in der nächsten Legislatur einiges bewegen. «Vielen Unternehmen fehlt es an qualifizierten Fachkräften, da besteht Handlungsbedarf. Zudem wollen wir verschiedene Steuerreformen voranbringen und in der Energiepolitik die Investitionen in erneuerbare Energien fördern», so Buffat. In den Wochen vor den Wahlen waren die FDP-Kandidaten im ganzen Kanton präsent und steckten viel Energie in die Kampagne. Für den Präsidenten ein wichtiger Effort: «Es braucht eine Politik vor Ort und persönliche Auftritte an Veranstaltungen, Kongressen, Messen und Volksfesten. Dadurch bringen wir die Menschen zusammen und vermitteln unsere freisinnigen Werte.»

Sitzgewinne in Obwalden

Im Gegensatz zu den Erfolgen in der Waadt präsentiert sich die Sachlage in der Zentralschweiz durchzogen. In Nidwalden gelang es der FDP nicht, den Sitz des zurückgetretenen Regierungsrats Alfred Bossard zu verteidigen. Die Wiederwahl schaffte hingegen Joe Christen. Im Landrat verlor die FDP einen Sitz, bleibt aber die stärkste Partei. In Obwalden verpasste die bisherige Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser die Wiederwahl nach einer persönlichen Kampagne gegen ihre Person. Diese Enttäuschung wurde zumindest teilweise durch das gute Resultat bei den Kantonsratswahlen kompensiert. Dort gewann die FDP drei zusätzliche Sitze und besetzt nun 11 der 55 Sitze im Parlament. Parteipräsidentin Carola Weiss zieht daher ein positives Fazit: «Der Wahlkampf war wirklich toll und die FDP zeigte viel Präsenz. Die frühe Vorbereitung hat sich gelohnt.» Im Kantonsrat agiert die FDP künftig als grösste Oppositionspartei und will angriffig politisieren. «Wir werden insbesondere die Mitte in die Pflicht nehmen und vor allem die Finanzpolitik ganz genau beobachten», kündet Weiss an. Zudem will die FDP Obwalden noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und die Kommunikation verbessern. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit der FDP Nidwalden. Schliesslich ist nach den Wahlen auch vor den Wahlen. In zwei Jahren finden kommunale Wahlen statt und die FDP peilt zusätzliche Gemeinderatssitze an.

Marco Wölfli

Ukraine-Krieg überschattet Session

Rückblick auf die Frühlingssession

Die FDP konnte im Umgang mit Gentechnik nach Jahren des Stillstands im Parlament endlich einen Fortschritt vermelden. In anderen Themen hatten es liberale Positionen schwer. Doch das Hauptthema der abgelaufenen Session war der Ukraine-Krieg, der den Kontinent erschüttert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingssession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat unseren Kontinent sowie die ganze Schweizer Politik erschüttert.

Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und die militärische Aggression der russischen Regierung sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen aufs Schärfste verurteilt. Das wurde unter anderem auch in den dringlichen Debatten im Nationalrat und Ständerat klargemacht sowie wurden konkrete Vorstösse eingereicht, die unter anderem eine Aufstockung der Mittel für die Armee fordern sowie Solidarität mit Flüchtlingen, Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Energieversorgung und ein humanitäres und diplomatisches Engagement. Zudem wurde nochmals klar beschlossen, dass die Schweiz an ihrer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat festhalten soll, wo sie zu den Bemühungen für Frieden beitragen kann.

Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

In der Frühlingssession hat der Nationalrat über die Gletscher-Initiative und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu 67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung für ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Gletscher-Initiative. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte Gegenvorschlag in der Umsetzung nämlich mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote.

Massentierhaltungsinitiative geht zu weit

Nach dem Nationalrat lehnte nun auch der Ständerat die Massenhaltungsinitiative ab und ist nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats eingetreten, womit dieser vom Tisch ist. Die FDP nahm die Entscheide des Parlaments mit Freude zur Kenntnis, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung.

Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums durch die anderen Parteien nicht verhindert werden. Obwohl die Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wissenschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen. Immerhin konnten nun erstmals Ausnahmen eingeführt werden. Der vom Parlament beschlossene und von links-grün bekämpfte Antrag beauftragt den Bundesrat, für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmaterial eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen.

Rigide «Lex Booking»

Der Nationalrat hat sich zur Enttäuschung der FDP für eine weitreichende Regulierung der Online-Buchungsplattformen wie Booking.com ausgesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Die FDP hat vergebens versucht, die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die Vorteile für Betriebe zum Beispiel durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Nun ist der Ständerat am Zug, um diesen Misstritt des Nationalrats zu korrigieren.

Parlament für die nächste Krise rüsten

Der Nationalrat hat sich mit der Funktionsweise des Parlaments in Krisensituationen befasst, damit der Handlungsspielraum vorhanden ist, wenn der Bundesrat Notrecht anwendet. Dies ist demokratiepolitisch wichtig, um in Krisenzeiten ein Gegengewicht zum Bundesrat zu schaffen. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Vorstoss, an dem die FDP beteiligt war, fast einstimmig zu.

Damien Cottier
Fraktionspräsident und Nationalrat NE

Ende März besuchte Karin Keller-Sutter das Bundeasylzentrum Basel. Foto: EJPD

«Ukraine-Krieg ist ein Angriff auf unsere westlichen Werte»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre Arbeit seit Kriegsausbruch

Es hätte das Jahr der Reformen im Schengen-Raum sein sollen. Eine Agenda im Einklang mit den Zielen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat alles auf den Kopf gestellt. Die Justizministerin blickt zurück auf die letzten Wochen, die geprägt waren von der massiven Fluchtbewegung aus der Ukraine und einem Europa, das zusammensteht.

In der Ukraine herrscht seit dem 24. Februar Krieg. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom Kriegsausbruch erfahren haben? Anfang Februar führte ich bilaterale Gespräche am Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Lille. Mein tschechischer Kollege rechnete schon damals mit einem Krieg und meinte, es könnte 5 Millionen Flüchtlinge geben. Das hat mich sehr beschäftigt. Im Westen wollte man dies mit Ausnahme der USA nicht sehen. Die Gespräche in Lille, etwa mit den Vertretern aus Polen, der Slowakei oder Österreich, waren in diesem Fall sehr wichtig für mich. Ich rechnete danach jeden Tag mit einem Angriff. Am 24. Februar hat mir mein Mann am frühen Morgen gesagt: «Kiew wird angegriffen.» Ich dachte sofort an die Opfer. Ich habe realisiert, dass dies auch ein Angriff auf unsere westlichen, demokratischen Werte ist.

Waren Ihnen die Auswirkungen auf die Schweiz sogleich bewusst? Es war mir bewusst, dass viele Ukrainerinnen flüchten würden, um sich in Sicherheit zu bringen. Mittlerweile sind über 40 000 Personen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Aber ganz abgesehen von der Anzahl der Menschen, die jetzt in der Schweiz sind: Wir sind mit ganz vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Ende März war die Hälfte aller ukrainischen Kinder auf der Flucht. Es fällt schwer, sich das vorzustellen.

Wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich? Drei Tage nach Kriegsausbruch haben wir uns in Brüssel getroffen. Am Abend des 27. Februar war mir klar, dass der Schutzstatus S aktiviert werden muss, und ich habe sofort entsprechende Aufträge erteilt. Dass die Europäische Union mit dem vorübergehenden Schutz etwas Vergleichbares plante, hat die Sache vereinfacht. Eine Koordination auf europäischer Ebene war unabdingbar.

Am 4. März haben Sie erstmalig den Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert. Was führte zu diesem Entscheid? Der Schutzstatus S ist genau für eine solche Situation erdacht worden: eine hohe Anzahl Personen, die in kurzer Zeit vor einem Krieg zu uns flieht und unseren vorübergehenden Schutz braucht. Er erlaubt ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von Geflüchteten. Im normalen Asylprozess hätten wir die hohe Zahl an Geflüchteten gar nicht bewältigen können. Das System würde kollabieren.

Sie haben auch das Bundesasylzentrum Basel besucht. Welchen persönlichen Eindruck haben Sie erhalten? Ich war genau einen Monat nach Kriegsausbruch in Basel. In diesen vier Wochen ist es gelungen, in der Schweiz gleich viele Geflüchtete zu registrieren wie sonst in einem ganzen Jahr. Unsere Krisenbewältigung funktioniert. Bei meinem Rundgang in Basel habe ich auch mit Geflüchteten aus der Ukraine sprechen können. Sie haben alle betont, dass sie möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückkehren wollen und dass sie der Schweiz nicht zur Last fallen wollen. Viele haben sich bei mir für die Solidarität der Schweiz bedankt.

Falls der Krieg andauert, dürften viele Ukrainerinnen und Ukrainer längerfristig im Land bleiben. Ist die Schweiz dafür gerüstet? Ja, wir müssen gerüstet sein. Es gibt keine Alternative. Allerdings wird die Unterbringung den Bund und die dafür zuständigen Kantone stark fordern. Viele der Geflüchteten sind zudem gut ausgebildet. Kurz nach Ausbruch des Kriegs habe ich die Sozialpartner eingeladen, um die allfällige Integration in den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die entsprechenden Arbeiten laufen. Es muss jetzt jeder an seinem Platz seine Verantwortung wahrnehmen, dann meistern wir diese Aufgabe.

Ein Nein zu Frontex-Schengen würde auch die Sicherheit der Schweizer Grenzen gefährden. Foto: BAZG

Nicht mit dem Feuer spielen

Ja zu Frontex-Schengen

Am 15. Mai stimmen wir über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz Frontex – ab. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied von Schengen und arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Die Agentur übernimmt wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der irregulären Migration. Davon profitiert auch die Schweiz. Das von links-grüner Seite lancierte Referendum gegen Frontex gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Migrationskrise 2015 hat gezeigt, dass die bisherigen Mittel von Frontex nicht ausreichen. Darum soll Frontex von den Staaten des Schengen-Raums mehr Geld und mehr Personal erhalten. Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass sich auch unser Land am Ausbau von Frontex finanziell und personell beteiligen soll. Dies bekämpft nun links-grün in trauter Eintracht mit einem Aktivistennetzwerk. Für die Schweiz geht es aber nicht nur darum, ob sie sich am Ausbau von Frontex beteiligen will. Frontex ist zentraler Bestandteil von Schengen. Lehnen die Stimmberechtigten die Vorlage ab, stehen die Abkommen Schengen und Dublin auf dem Spiel.

Gefährdeter Zugriff auf Schengener Informationssystem

Sicherheit ist für unser Land ein entscheidender Standortvorteil. Und für die Sicherheit der Schweiz ist die Mitgliedschaft bei Schengen zentral. Warum? Sie garantiert unter anderem den Zugriff der Schweiz auf das Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS ist der Schlüssel zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Die Schweizer Sicherheitsbehörden nutzen das SIS intensiv: Rund 300 000 Anfragen werden täglich auf dem SIS getätigt. Jährlich erzielen sie damit rund 20 000 Fahndungstreffer. Bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage hätte die Schweiz auf dieses wichtige Fahndungssystem künftig keinen Zugriff mehr. Die Sicherheitsbehörden würden schlicht blind.

Wirtschaftlicher Mehrwert durch Schengen/Dublin

Bei Schengen geht es um mehr als um Sicherheit. Ohne Schengen würde die Schweiz zu einer Schengen-Aussengrenze. Unsere Nachbarstaaten müssten wieder systematische Grenzkontrollen einführen. Das bedeutet die Rückkehr zu langen Wartezeiten für rund 2 Millionen Menschen, die jeden Tag die Schweizer Grenze überqueren. Aber auch das Reisen in andere europäische Länder würde für Schweizerinnen und Schweizer durch die systematischen Grenzkontrollen deutlich komplizierter. Ebenso müssten zum Beispiel Touristen aus Asien und arabischen Ländern für die Schweiz wie früher ein separates Visum beantragen. Zudem könnten die stark verwachsenen grenzüberschreitenden Lebensräume in Genf, Basel oder auch im Tessin nicht mehr wie bisher funktionieren.

Ausschluss droht innert sechs Monaten

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage sind überzeugt, dass die Schweiz auch bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage eine Lösung finden könnte, um im Schengen/Dublin-Verbund zu verbleiben. Sie täuschen sich. Lehnt die Schweiz die Frontex-Vorlage ab, lehnt sie eine Schengen-Weiterentwicklung ab, zu deren Übernahme die Schweiz als Schengen-Mitglied verpflichtet ist. Damit tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft – es sei denn, der Gemischte Ausschuss würde innerhalb von 90 Tagen einstimmig etwas anderes beschliessen. Wird keine Lösung gefunden, endet das Abkommen nach Ablauf weiterer drei Monate automatisch. Das ist im Abkommen explizit so geregelt. Wer darauf spekuliert, dass in dieser kurzen Zeit eine Lösung gefunden werden kann, spielt mit dem Feuer. Die Schweiz müsste mit schwerwiegenden Konsequenzen leben.

Mit dem Verlust der Schengen-Mitgliedschaft fiele übrigens auch das Dublin-Abkommen weg. Ohne das Dublin-Abkommen müsste die Schweiz für alle Ankommenden ein Asylverfahren durchführen, also auch für all diejenigen, deren Asylgesuch bereits in einem anderen Dublin-Staat geprüft und abgelehnt wurde. Es ist unschwer zu erkennen, was die Folge wäre: ein starker Anstieg bei den Asylgesuchen.

Thierry Burkart, Parteipräsident und Ständerat AG

Mit einem Nein zum revidierten Filmgesetz entscheiden die Konsumenten, welche Filme sie sehen wollen. Foto: iStock/evgenyatamanenko

Schauen, was uns gefällt – ganz ohne Filmquote

Nein zum revidierten Filmgesetz

Das revidierte Filmgesetz beschneidet die Wahlfreiheit des Publikums und verknurrt die Anbieter zu einer sachfremden Filmsteuer. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur Vorlage und zeigen auf, weshalb es am 15. Mai ein Nein braucht.

Zahlreiche Jungfreisinnige haben im vergangenen Winter der Kälte getrotzt und Unterschriften gegen die Revision des Filmgesetzes (Lex Netflix) gesammelt. Schliesslich wurden rund 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Ein grosser Erfolg, wenn man bedenkt, dass das revidierte Filmgesetz im Parlament noch mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Dank dem Einsatz der Jungfreisinnigen und weiterer Jungparteien hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Chance, das missratene Filmgesetz am 15. Mai 2022 an der Urne zu versenken.

«Die Freiheit der Konsumenten fällt einer sinnlosen Quote zum Opfer.»

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Was will das Gesetz?

Die Revision verpflichtet ausländische wie inländische Streamingdienste wie oneplus, Netflix oder Disney+, ihre Filmkataloge mit mindestens 30 Prozent europäischen Werken zu bestücken. Weiter besteht neu auch eine Meldepflicht für bezahlte Abrufe von Filmen sowie die Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen an Schweizer Filmschaffende.

Was bedeutet das?

Streamingdienste müssen aufgrund der 30-Prozent-Quote für europäische Werke ihre Filmkataloge anpassen – entgegen der eigentlichen Konsumentennachfrage. Die europäischen Werke müssen keinerlei Qualitätsvorgaben erfüllen. Damit fällt die Freiheit von uns Konsumierenden, zu schauen, was uns gefällt, ohne Not einer sinnlosen Quote zum Opfer. Dazu kommt die Filmsteuer von vier Prozent, die schlussendlich von uns Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden muss.

Was will die FDP?

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich an der DV vom 12. Februar klar für ein Nein zum revidierten Filmgesetz ausgesprochen, weil es ein krasser Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist und das Publikum bevormundet. Wer ein Abo eines Streaminganbieters bezahlt, dem soll nicht mittels Quote vorgeschrieben werden, was er zu schauen hat. Zudem ist die Vorlage ein gefährlicher Präzedenzfall. Mit dem neuen Filmgesetz werden private Unternehmen erstmals gezwungen, eine bestimmte Branche mit ihren Bruttoeinnahmen zu subventionieren. Das ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Es droht die grosse Gefahr, dass künftig auch andere Akteure (zum Beispiel Spotify oder Apple Music) gezwungen werden, mindestens 30 Prozent europäische Inhalte anzubieten.

Wie geht es dem Schweizer Film?

Der Schweizer Filmbranche geht es auch bei einem Nein zum Filmgesetz ganz vorzüglich. Jährlich fliessen rund 150 Millionen Franken von Bund, Kantonen und Stiftungen in die Förderung des Schweizer Films. Darin inbegriffen sind 32 Millionen Franken, die direkt von der SRG stammen. Diese Förderung bleibt auch bei einem Nein zum Filmgesetz bestehen. Auch ohne Quote und Filmsteuer ist der Schweizer Film zu Publikumserfolgen fähig. Die Verfilmung von «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» wurde von Netflix ins Programm aufgenommen. Nicht weil es ein Gesetz befohlen hat, sondern weil der Film beim Publikum auf Anklang stösst.

Das neue Transplantationsgesetz soll die Organspenderate in der Schweiz erhöhen.
Foto: iStock/vchal

Ein Herz für die Organspende

Ja zum Transplantationsgesetz

Die Organspenderate in der Schweiz ist zu tief. Das neue Organtransplantationsgesetz kann dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane sterben.

Im letzten Jahr warteten in der Schweiz 1434 Personen auf ein Spenderorgan. Jede Woche starben ein bis zwei Personen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zudem sehr tief. Auch der 2013 lancierte Aktionsplan des Bundes, durch welchen die Spenderate massgeblich gesteigert werden sollte, hat zu wenig gebracht. Dass Handlungsbedarf besteht, ist somit unbestritten.

Das Parlament hat vor diesem Hintergrund das Transplantationsgesetz revidiert und sich für einen Systemwechsel entschieden: Heute muss, wer nach dem Tod seine Organe spenden will, dem zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmen und diesen Entscheid auf einem Spenderausweis oder im nationalen Organspenderegister festhalten. Man bezeichnet dies als «Zustimmungslösung». Neu sollen nun Personen, die ihre Organe nach ihrem Tod nicht spenden möchten, dies explizit festhalten müssen. Man geht damit zur sogenannten «Widerspruchslösung» über.

Bevölkerung ist positiv eingestellt

Diese Regelung gilt bereits in den meisten europäischen Ländern, und es zeigt sich, dass die Organspenderaten dort deutlich höher sind. Auch für die Schweiz ist dies der richtige Weg. Aus Umfragen ist nämlich bekannt, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Dies dokumentiert haben jedoch nur wenige; 2017 hatten nur rund 16 Prozent der Befragten eine Spenderkarte ausgefüllt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel auch in der Schweiz mehr Organe transplantiert werden könnten.

Auch mit dem neuen Gesetz wird es keinen Automatismus geben. Ist im Falle des Todes eines Menschen sein Wille nicht bekannt, weil er diesen nicht dokumentiert hat, werden seine nächsten Angehörigen befragt, ob sie seinen Willen kennen. Sie können der Organentnahme widersprechen, wenn sie der Meinung sind, das dies dem Willen des Verstorbenen entsprochen hätte. Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, ist die Organspende unzulässig.

Sorgfältige Prüfung

Am Prozess der Organtransplantation ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Es gelten weiterhin die gleichen Regeln zum Beispiel in Bezug auf die Feststellung des Todes einer Person. Insbesondere müssen zwei Ärztinnen oder Ärzte, die nicht zum Transplantationsteam gehören, den Tod unabhängig voneinander feststellen. Dies erfolgt in einem Spital auf der Intensivstation. Die absurde Behauptung der Gegner des Gesetzes, Unfallopfern könnten noch auf der Unfallstelle – mithin auf der Strasse – nun sämtliche Organe entnommen werden, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

Hingegen ergibt sich durch die neue Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Angehörigen eines Verstorbenen, dies zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen die Widerspruchsregelung gilt. Sie müssen in einer ohnehin sehr belastenden Situation nicht zusätzlich einen schwierigen Entscheid anstelle des Verstorbenen fällen. Vielmehr können sie davon ausgehen, dass er ihnen gegenüber die Ablehnung einer Organspende zu Lebzeiten geäussert hätte. Dass eine umfassende Information der Bevölkerung über das neue Konzept nötig ist, ist selbstverständlich und auch so vorgesehen.

Das neue Transplantationsgesetz kann somit dazu beitragen, dass auch in der Schweiz mehr Organe gespendet werden und mehr Leben gerettet werden können. Und bedenken wir: Das Risiko, selbst auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, ist sechsmal höher als selbst zum Spender zu werden. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum neuen Gesetz.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Mit eigenständigen und konstruktiven Vorschlägen ist die FDP für kommende Wahlen gut aufgestellt.
Foto: iStock/Anton_Sokolov

Der Weg stimmt

Jetzt den Schwung mitnehmen

Sebastian Binggeli trifft Bundespräsident Ignazio Cassis anlässlich einer Delegiertenversammlung.

Im Kanton Basel-Landschaft haben die Vorarbeiten für die kantonalen Wahlen Anfang 2023 begonnen. Der Baselbieter Jungfreisinnige Sebastian Binggeli zeigt auf, wie liberale Lösungen zum Erfolg führen können.

Im Februar 2023 sind im Kanton Basel-Landschaft Landratswahlen und im Herbst 2023 folgen die nationalen Wahlen. Dieser zeitliche Horizont bietet Anlass, die aktuellen politischen Gegebenheiten und Entwicklungen zu betrachten. Dies ist insbesondere interessant im Kontext der Frage, warum liberale Impulse und somit die FDP als liberale Taktgeberin aktuell besonders gefragt sind und dies auch in absehbarer Zukunft sein sollen.

Beachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Kantons- und Kommunalwahlen, lässt sich durchaus ein positiver Trend zugunsten der FDP erkennen und auch momentane Themenkonjunktur verlangt nach liberalen Ansätzen.

Erkenntnisse aus den letzten Wahlen mitnehmen

Bei den letzten Wahlen liessen sich einige bemerkenswerte Tendenzen beobachten. Hierzu punktgenau passend ist ein Zitat von Markus Somm, geäussert am letzten Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz: «Die SP und die SVP sind die grossen Parteien von gestern.» Die SVP profitiert noch vom Proporz, verliert aber laufend Wahlen. Wie keine andere Partei hat sie sich mit ihren Positionen zur Corona-Politik und aktuell zum Krieg in der Ukraine verrannt und lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen.

Auch auf der linken Seite des Spektrums tut sich einiges: Die SP verliert am Laufmeter Wahlen und Sitze; insbesondere an die Grünen. Diese Entwicklung ist aufgrund der Aktualität der Umwelt- und Klimaschutzthemen nachvollziehbar. Doch hat die SP auch inhaltlich und intern an Breite verloren. Spätestens unter dem aktuellen Führungsduo sind sozialliberale Positionen marginalisiert. Die SP erzielt höchstens noch Erfolge bei Referenden.

Auch lässt sich bei den Ergebnissen der Grossratswahlen im Kanton Bern eine weitere Beobachtung machen: Das linke Lager verliert insgesamt. Davon profitiert die GLP, welche seit ihrer Gründung laufend nach links wandert. Somit ist es nicht zwingend die FDP, die auf Kosten der GLP verliert. Ganz im Gegenteil bieten sich durch das Abdriften der SVP und das Konkurrieren der GLP mit dem linken Lager neue Spielräume, welche es zu nutzen gilt.

Wichtige Themengebiete kantonal behandeln

Auch die FDP Baselland profiliert sich mit eigenen Ideen. So hat die Landratsfraktion das Vorstosspaket «Fit für die Zukunft BL» lanciert: eine Zusammenstellung an Postulaten und Motionen für einen wettbewerbsfähigeren Kanton. Auch in der Energiepolitik ist die Partei nicht untätig. Themen wie die künftige Energiespeicherung und die Nutzung von Wasserstoff sind in Behandlung und erfolgreich überwiesen wurden Vorstösse zur definitiven Hürdensenkung für die Nutzung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarenergie. Insbesondere Letzteres könnte auch ein spannendes Thema für andere Kantone sein.

Voraussetzungen nutzen

Als junges, aktives FDP-Mitglied und insbesondere als Kandidat bei den kantonalen Wahlen in Baselland ist es mir ein Anliegen, dass die beschriebenen Entwicklungen anhalten, eingeschlagene Richtungen weiterverfolgt werden und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die FDP verfügt über gute Voraussetzungen für Wahlerfolge, die es zu nutzen gilt.

Sebastian Binggeli, Bachelor-Mentee
FDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Oberwil BL
und Delegierter FDP Schweiz

Für eine konstruktive Europapolitik

Bilaterale weiterentwickeln

Die FDP zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf eine Erweiterung des Verhandlungspakets. Der sektoriellen Optik in einzelnen Themenfeldern soll die dynamische Rechtsübernahme zugrunde liegen, bei welcher die vitalen Interessen der Schweiz durch Schutzklauseln ausgeklammert werden können.

Im Herzen des europäischen Kontinents gelegen, teilt die Schweiz die europäische Geschichte, die Kultur und die Wertvorstellungen. Die FDP will darum auch in Zukunft eine geregelte Kooperation mit der EU und einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt. Das Erfolgsmodell der bilateralen Verträge mit der EU muss weitgeführt werden, denn sie erleichtern nicht nur den tagtäglichen Handel mit unseren wichtigsten Handelspartnern, sondern sind auch ein bedeutender Faktor unserer Standortattraktivität.

Die Europapolitik der FDP basiert auf folgenden drei Hauptzielen:

1. Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt).
2. Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich in den Bereichen Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom usw.
3. Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, um einen diskriminierungsfreien und ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern.

Erweiterung des Verhandlungspakets (Bilaterale III)

Aus Sicht der FDP gilt es nun, ein neues Verhandlungspaket (Bilaterale III), angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen, zu schnüren. Durch die Vergrösserung der Verhandlungsmasse erhalten beide Seiten mehr Handlungsspielraum. Die Verhandlungen der einzelnen Dossiers sollen durch eine Bündelung so ausgestaltet werden, dass die gegenseitigen Interessen ausgeglichen sind. Die Erweiterung zu einem Verhandlungspaket soll eine breite Akzeptanz ermöglichen.

Sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen

Weil der horizontale Lösungsansatz mit einem Rahmenabkommen zu keiner Lösung geführt hat, schlägt die FDP eine sektorielle Optik vor. Konkret bedeutet dies, dass sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen gesucht werden. Das Grundmodul ist dabei immer gleich aufgebaut: Es beinhaltet die Frage der Dynamisierung sowie der Streitbeilegung, unter der Wahrung der direkt-demokratischen Rechte. Dieser sektorielle Ansatz erlaubt es, in den einzelnen Themenbereichen – je nach Interessenlage – Sonderregeln durch Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten vorzusehen. Denn die Interessenlage bei der Personenfreizügigkeit ist anders als bei einem Gesundheitsabkommen.

Dynamische, aber nicht automatische Rechtsübernahme

Um Rechtssicherheit zu schaffen, spricht sich die FDP für die dynamische Rechtsübernahme aus, unter Wahrung der direkt-demokratischen Prozesse der Schweiz. Im Gegenzug zur erhöhten Rechtssicherheit der EU soll die Schweiz ein Mitwirkungsrecht erhalten, mit dem sie bei der Entstehung neuer Richtlinien beteiligt ist.

Zweistufige Streitbeilegung

Für den Fall, dass zwischen der Schweiz und der EU keine Einigkeit über die Umsetzung eines bestimmten Abkommens besteht, muss ein Streitschlichtungsmechanismus vorgesehen werden. Sowohl die Schweiz als auch die EU sind ihm genau gleich zu unterstellen. Die FDP schlägt hierzu ein zweistufiges Vorgehen vor: In der ersten Phase würde der zuständige Gemischte Ausschuss über die Differenz beraten. Wird hierbei keine Einigung gefunden, ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen. Dieses würde prüfen, ob die zu implementierenden Ausgleichsmassnahmen angemessen sind.

Beiträge der Schweiz

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zahlt die Schweiz bereits heute diverse Beiträge an die EU (z.B. bei Frontex, Kohäsionsbeitrag). Die FDP ist im Rahmen eines gesamten Verhandlungspakets im Grundsatz bereit, weiterhin Beiträge an die EU und ihre Mitgliederländer zu leisten, insbesondere wenn dadurch vitale Interessen der Schweiz durch Opting-outs beziehungsweise Schutzklauseln geschützt werden. Sollte die EU Marktzutrittsabkommen nicht vollständig umsetzen, würde sich nebst einer wechselseitigen Ausgleichsmassnahme auch die Reduktion des entsprechenden Beitrags ergeben.

Die FDP ist überzeugt, mit dem erarbeiteten Europapapier einen konstruktiven Beitrag in diesem zentralen Dossier für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz zu leisten. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von der Fraktion, dem Parteivorstand und der Parteipräsidentenkonferenz gutgeheissen. Die abschliessende Beschlussfassung erfolgt durch die Delegierten der FDP Schweiz an der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt.

QR-Code scannen und das ganze Europapapier lesen.

Parolenspiegel
für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

NEIN	Revision des Filmgesetzes
JA	Frontex-Schengen
JA	Revision Transplantationsgesetz

AGENDA

25. Juni 2022, Andermatt
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Einladung zum Fachreferat

«Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?»

Peter Regli
Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

-> **Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich,** «Widder Hotel», Rennweg 7, 8001 Zürich

-> **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat,** Eintritt frei. Keine Anmeldung notwendig.

KOLUMNE

Freisinniger Tag der Arbeit

Der 1. Mai steht vor der Tür und wir sollten den «Tag der Arbeit» nicht länger ignorieren. Der Feiertag ist traditionell linkes Terrain, doch auch die Bürgerlichen sollten sich nicht verstecken. Für sie bedeutet Arbeit nicht einen Kampf wie bei der Linken, sondern ist vielmehr ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und Unabhängigkeit für alle.

Im Jahr 1886 bildete ein Streik für die Forderung nach einem Achtstundentag die Grundlage für den Tag der Arbeit am 1. Mai. Die Bemühungen für verbesserte Arbeitsbedingungen wurden in der Folge von der Linken aufgenommen. Wenn wir die linken Parteien von heute betrachten, die gegen alles kämpfen, was überhaupt nach Arbeit aussieht, scheinen die ursprünglichen Bemühungen weit weg. Was damals ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war, ist heute ein Kampf gegen die Arbeit selbst.

Wenn es heute darum geht, besser und nicht unbedingt weniger zu arbeiten, muss die FDP die erste Wahl sein. Die FDP ist die Partei der Innovation und der Digitalisierung. Wir sind die einzige Partei, die das Gentech-Moratorium offen bekämpft und die führende Kraft bei der Entwicklung des 5G-Netzes. Die FDP verkörpert Unternehmertum: Offenheit, Mut und Ehrgeiz. Dabei geht es nicht darum, Erfolge zu sammeln und sich darauf auszuruhen, sondern einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Stagnation bedeutet Rückschritt und etwas zu wagen, bedeutet Fortschritt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag der Arbeit!

Johanna Gapany
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

FDP
Die Liberalen

Keine Experimente mit unserer Sicherheit.

Am 15. Mai

Frontex-Schengen ja

frontex-schengen-ja.ch